



Netzwerk Baden-Württemberg Abschlussjahrgang 2012

Eine Initiative des GEB Stuttgart

Die Situation/Problematik

Im Sommer 2012 wird es in Baden-Württemberg in Folge der Umstellung des Allgemeinbildenden Gymnasiums von 9 auf 8 Schuljahre einen doppelten Abschlussjahrgang geben. Bundesweit wird das Problem verschärft, da die bevölkerungsreichsten Bundesländer zwischen 2011 und 2013 ebenfalls doppelte Jahrgänge entlassen. Dies überlagert die bis 2015 auch in Baden-Württemberg ohnehin noch steigenden Schülerabgangszahlen mit Hochschulzugangsberechtigung.

Aus Baden-Württemberg werden ca. **93.000 Studienberechtigte** erwartet, das sind nahezu 40.000 (75 %) mehr als im Jahr 2005.

Die **Landesregierung** will die Problematik mit dem Masterplan „Hochschule 2012“, dem Solidarpakt II (Vereinbarung mit den Hochschulen des Landes) und dem Hochschulpakt (Vereinbarung mit dem Bund) lösen. Bis 2012 sollen 20.000 zusätzliche Studienanfängerplätze in Baden-Württemberg an allen Hochschulen geschaffen werden.

Konkrete Planungen hinsichtlich zusätzlicher Plätze für Zivildienst, soziales Jahr, etc. liegen nur in Teilbereichen vor. Laut Aussagen der Industrie- und Handelskammer (IHK) Stuttgart sind Planungen für Ausbildungsplätze langfristig nicht möglich, da deren Zahl konjunkturabhängig sei. Die aktuelle Wirtschaftskrise hat die Situation erheblich verschärft.

Weiterhin geht die Landesregierung davon aus, dass wie bisher nur 75 % aller Studienberechtigten studieren werden und davon nur die Hälfte im ersten Jahr (38 % der Studienberechtigten). Sie rechnet daher mit rund 35.000 Studenten aus dem Abschlussjahrgang 2012.

Damit auch die nicht sofort studierenden Absolventen unterkommen können, müssten jedoch auch bei Wehr-, Zivildienst, Sozialem Jahr etc. und bei den Ausbildungsplätzen zusammen genommen ebenfalls rund 75 % mehr Bewerber als 2005 versorgt werden.

Die Sorgen/Bedenken der Eltern

Wir befürchten trotz Masterplan, dass

- weder Studien- noch Ausbildungsplätze in ausreichender Zahl und Qualität vorhanden sein werden,
- qualifizierte Professoren, Laborplätze und Infrastruktur nicht rechtzeitig in ausreichender Menge zur Verfügung stehen werden,
- die hohe Zahl zusätzlicher Abiturienten dazu führen könnte, dass die Abgänger anderer Schularten vom Ausbildungsmarkt verdrängt werden,
- es vor allem für die jungen Menschen, die ein durchschnittliches Abitur haben, noch schwieriger wird, einen Studienplatz ihrer Wahl zu bekommen,
- es erheblich schwieriger werden dürfte, einen bezahlbaren Wohnraum zu bekommen,
- von den studierwilligen Schulabgängern 2012 mehr Mobilität verlangt wird und dass sie somit einen erheblich höheren finanziellen Aufwand haben werden.

Die Chance

Der demografische Wandel in Deutschland führt dazu, dass ab ca. 2011 mehr Erwerbstätige in den Ruhestand gehen als junge Menschen ins Berufsleben eintreten. Dadurch wird der bereits bestehende Fachkräftemangel verstärkt. Das heißt:

Jeder Schulabgänger und insbesondere der „Abschlussjahrgang 2012“ wird für die Zukunft unserer Gesellschaft dringend gebraucht!

Um diese Chance zu nutzen, muss noch einiges getan werden:

- Sicherstellen, dass die geplanten **20.000 Studienanfängerplätze** 2012 in **Qualität, Quantität** und mit **der dafür notwendigen Infrastruktur tatsächlich** zur Verfügung stehen.

...../2



- Sicherstellen, dass diejenigen, die nicht sofort studieren wollen oder können, genügend Möglichkeiten vorfinden, die **Orientierungsphase zu überbrücken** (z. B. Soziales Jahr, Zivildienst, trotz Verkürzung des Wehrdienstes, etc.).
- **Ausreichend Ausbildungsplätze** schaffen. Dabei müssen auch die so genannten „Altbewerber“ berücksichtigt werden.
- Die **Auswahlverfahren für die Hochschulzulassungen optimieren**. Bewerber müssen möglichst frühzeitig wissen, ob sie einen Studienplatz bekommen. Teilnahme **aller** Hochschulen am neuen Serviceverfahren der ehemaligen ZVS ist zwingend erforderlich.
- **Schüler aller Schularten intensiver bei ihrer Berufswahl begleiten**. Insbesondere die Studienberatung qualitativ deutlich zu verbessern, um die z. Z. viel zu hohe Zahl von Abbrechern und Wechslern zu verringern.
- **Eltern und Studenten mit geringem und mittlerem Einkommen finanziell unterstützen**, damit Studien- und Ausbildungsplätze auch in anderen Bundesländern oder im Ausland angenommen werden können.
- **Information der Schüler, Eltern, Lehrer, sowie der gesamten Öffentlichkeit.**

Was können wir Eltern/ Elternvertreter tun?

- **Politiker vor Ort auf die Problematik aufmerksam machen** und zum Dialog auffordern. **Achtung: gute Gelegenheit vor den Landtagswahlen 2011 in Baden-Württemberg.**
- Auf lokaler Ebene **Eltern und Schüler aller Schularten immer wieder aktuell informieren**.
- Im **Elternbeirat** das Thema **2012 immer wieder behandeln** und auf die Tagesordnung setzen.
- **Veranstaltungen** mit lokalen Partnern, wie Agentur für Arbeit, Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Hochschulen und Betrieben, **initiiieren und aktiv unterstützen**.
- Angebote der **Studien- und Ausbildungsberatung wahrnehmen** (z. B. Agentur für Arbeit oder www.studieninfo-bw.de) und in der Schule im Rahmen der Berufsorientierungsprojekte fest verankern. (Weitere Tipps s. auch www.eltern-in-stuttgart.de).
- **Schüler frühzeitig motivieren** Alternativen bei Studiengängen und Ausbildungsmöglichkeiten sowie Studien-/Ausbildungsarten (nicht nur heimatnah) **zu entwickeln**.
- Das **Netzwerk 2012** weiter ausbauen und **festigen**.

Das Netzwerk Baden-Württemberg Abschlussjahrgang 2012 ist eine landesweit aktive Arbeitsgruppe von Eltern, die auf eine Initiative des GEB Stuttgart zurückgeht. Wir wollen als Eltern das Problem in der Bevölkerung bewusst machen, sprechen mit Politikern, (Hochschul-)Rektoren und Vertretern der Wirtschaft um Lösungswege zu erarbeiten und deren Umsetzung einzufordern.

Infos finden Sie auf der Homepage des GEB Stuttgart unter „Arbeitsgruppen - 2012“. Wir arbeiten weiter an der landesweiten Vernetzung sowie an der Ausarbeitung von Arbeits- und Informationsmaterial.

Bitte geben Sie die Informationen **weiter**, **machen Sie** auf die Problematik **aufmerksam**, **beteiligen Sie sich** an den öffentlichen Diskussionen.

Gerne unterstützen wir Sie auch bei konkreten Veranstaltungen vor Ort an Ihren Schulen.

gez. Bianca Znoyck

gez. Ursula Duppel-Breth

gez. Christel Finner